

Abfuhr für besseren Lärmschutz

Petition mit 850 Unterschriften zur Modernisierung des Lärmschutzes im Unterinntal fand kein Gehör bei der Asfinag und im Verkehrsministerium.

Innsbruck – Von der Luegbrücke im Wipptal bis ins Unterland: Die transitgeplagte Bevölkerung entlang der Inntal- und Brennerautobahn erwartet sich Entlastungsmaßnahmen. Schließlich nimmt die Autobahngesellschaft Asfinag allein mit dem Lkw-Transit durch Tirol jährlich rund 273 Millionen Euro an Mauterlösen ein. Doch zwischen Wunsch und Realität klafft oft eine große (politische) Lücke. Das muss jetzt einmal mehr die Bevölkerung im Bereich Terfens zur Kenntnis nehmen.

ÖVP-Nationalratsabgeordneter Hermann Gahr brachte im Herbst eine Petition ein. Darin wird eine qualitative Modernisierung nach neuestem Standard inklusive einer entsprechenden Erhöhung und Neigung zur Fahrbahnseite der bereits bestehenden Lärmschutzmauern bei Neuterfens, Terfens Dorf und Vomperbach gefordert. Und ein fünf Kilometer langer Lückenschluss im Lärmschutz. Wegen des ständig steigenden Verkehrsaufkommens auf der Inntalautobahn und der dadurch zunehmenden Lärmbelästigung seien die Investitionen für die Verringerung der Lärmentwicklung notwendig, heißt es.

Doch die Erwartungshaltung wurde wohl zu hochgeschraubt, für die Petition setzte es nämlich eine klare Abfuhr: In den Richtlinien der Asfinag (Dienstanweisung...

dieser Bereich nicht im derzeitigen Bauprogramm der Asfinag abgebildet.“

Auch mit dem gewünschten Lückenschluss entlang des einzigen größeren geschlossenen Talwaldes im Unterinntal (Forchat), den viele BewohnerInnen der Region als Naherholungsgebiet nützen, wird es nichts. „Der geforderte Lückenschluss im Bereich Forchat, zum Schutze der dortigen Flora, kann gemäß den Vorgaben und Kriterien der Dienstanweisung nicht umgesetzt werden. Laut Dienstanweisung sollen mögliche Lärmschutzmaßnahmen zum Schutze der Menschen und



Foto: Böhm

„Uns wurden Verbesserungen beim Lärmschutz versprochen. Die Belastungen sind nicht mehr zumutbar.“

Hermann Gahr/ÖVP
(Nationalratsabgeordneter)

ihres Wohnumfeldes vor schädlichen und störenden Schallimmissionen dienen“, verweist das Klimaschutzministerium auf die aktuellen Richtlinien der Asfinag bei Lärmschutzmaßnahmen.

Nationalrat Hermann Gahr ist über die Vorgangs-